

Die Einberufung des Landtages findet alljährlich durch fürstliche Verordnung statt. Sie ist vom Fürsten oder dessen Stellvertreter unterzeichnet und vom Regierungschef gegengezeichnet. Durch Notverordnungen kann der Landesfürst ohne Beteiligung des Landtages, aber mit Gegenzeichnung des Regierungschefs, Massnahmen treffen.

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Jahrgang 1991 Nr. 10 ausgegeben am 26. Februar 1991

Fürstliche Verordnung
vom 14. Februar 1991
über die Einberufung des Landtages

Im Sinne des Art. 49 der Verfassung vom 5. Oktober 1921 berufe Ich den Landtag auf Dienstag, den 5. März 1991, vormittags 10.00 Uhr, nach Vaduz ein.

gez. Hans-Adam

gez. Hans Brunhart
Fürstlicher Regierungschef

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt
Jahrgang 1990 Nr. 47 ausgegeben am 30. August 1990

Fürstliche Verordnung
vom 10. August 1990

In Anbetracht der gewaltsamen und völkerrechtswidrigen Besetzung Kuwaits durch den Irak, in der Hoffnung, dazu beitragen zu können, der Besetzung Kuwaits durch den Irak ein Ende zu bereiten und die Souveränität, Unabhängigkeit und territoriale Integrität Kuwaits wiederherzustellen und

entschlossen, der Resolution 661 des Sicherheitsrates der Vereinten Nationen vom 6. August 1990 auch im Fürstentum Liechtenstein nachzukommen,

erachte Ich es aufgrund der zeitlichen Dringlichkeit und wegen der Unmöglichkeit, innert nützlicher Frist im Wege der Gesetzgebung nachstehende Massnahmen zu beschliessen, für die Sicherheit und Wohlfahrt des Staates als nötig, gestützt auf Art. 10 der Verfassung vom 5. Oktober 1921,

über Wirtschaftsmassnahmen gegenüber Irak und Kuwait und über den Schutz von Vermögenswerten Kuwaits im Fürstentum Liechtenstein zu verordnen wie folgt:

1. Wirtschaftsmassnahmen

Art. 1

Handelsverbot

1) Der Handel mit Irak und Kuwait ist untersagt.

2) Verboten sind, unter Einbezug der aufgrund des Zollvertrages mit der Schweiz anwendbaren Vorschriften, namentlich:

das Nötige zur Sicherheit und Wohlfahrt des Staates vorkehren». Der Fürst hat seit Erlass der Verfassung von 1921 dreimal vom Notverordnungsrecht Gebrauch gemacht. Am 18. Februar 1943 verfügte der Landesfürst mit Verordnung die Verlängerung der Mandatsdauer des Landtages, weil bei der durchzuführenden Wahl die Gefahr bestand, dass von aussen Einfluss auf den Wahlkampf genommen und liechtensteinische Nationalsozialisten Abgeordnete in den Landtag bringen würden. Der Fürst handelte dabei auf Ersuchen der Regierung, der beiden grossen Parteien und in Übereinstimmung mit dem Landtag.

Am 13. Juli 1982 verordnete der Landesfürst, dass das schweizerische Bundesgesetz über die Betäubungsmittel vom 3. Oktober 1951 samt Änderungen und Ergänzungen im Fürstentum Liechtenstein vollumfänglich Gesetzeskraft hat. Diese Verordnung wurde unmittelbar nach Bekanntwerden einer Gerichtsentcheidung erlassen, in der die Auffassung vertreten wurde, dass ein Grössteil der Bestimmungen des Bundesgesetzes für den Bereich des Fürstentums Liechtenstein nicht anzuwenden sei. Da die dadurch eingetretene Rechtsunsicherheit insbesondere die Strafverfolgung von Drogenhandel und -konsum in Frage stellte, wurden sofortige Massnahmen für notwendig erachtet. Mit Erlass des liechtensteinischen Betäubungsmittelgesetzes konnte die Notverordnung aufgehoben werden (1983).